

PRESSEMITTEILUNG

[28.07.2006]

Freie Wähler (FWG) fordern Straßenzustandskataster

Schon 2001 von FWG gefordert, jedoch von CDU/FDP abgelehnt

Es ist überall im Stadtgebiet ersichtlich, dass Straßen derzeit - aufgrund der derzeitig angespannten Haushaltslage - nicht in dem Maße gewartet und repariert werden, wie es normalerweise erfolgen müsste (aufgestautes Reparaturbedürfnis).

Reparaturen werden hinausgeschoben und dadurch verkürzt sich zwangsläufig der Zeitabschnitt, nach dem diese Straßen grundlegend erneuert werden müssten. Dieses soll und kann mittels Straßenzustandskataster grundsätzlich verhindert werden. Der Straßenzustand ist in Bezug auf aufgestaute Reparaturbedürfnisse zu dokumentieren.

Um weiteren Substanzverlusten an den öffentlichen Strassen entgegenzuwirken, muss auf der Grundlage eines Straßenzustandskatasters ein mittelfristiges Unterhaltungs- und Investitionsprogramm für die Straßenunterhaltung durch die Verwaltung entwickelt werden.

Die grundhafte Erneuerung sollte dann natürlich einhergehen mit dem Austausch der Ver- und Entsorgungsleitungen. Das Ergebnis der Straßenzustanderfassung sollte der Öffentlichkeit in einem öffentlichem Forum vorgestellt werden um die Folgewirkungen aufzuzeigen. Die Auswertungsergebnisse dienen auch als Grundlage für die Erstellung eines mittelfristigen Finanzplanes. Die Stadtverwaltung bekommt dadurch Planungssicherheit, ein Vorgehen, dass in der freien Wirtschaft seit Jahren Grundlage jedes Investitionsplans ist. Man kann jederzeit objektive Aussagen über den aktuellen Zustand des bestehenden Straßennetzes treffen und es würden keine Diskussionen geführt, ob die eine oder andere

Straßenerneuerung, je nach dem, wer dort wohnt, sinnvoll ist oder nicht. Diskussionen, wie seit Monaten immer wieder in der Presse zu lesen und auf Ausschusssitzungen zu hören sind, würden der Vergangenheit angehören und die Verwaltung hätte einen Handlungshintergrund.

In Deutschland wurde 1992 mit einer Zustandserfassung und -bewertung (ZEB) auf Bundesfernstrassen begonnen, um die ehemals subjektiv geprägten Entscheidungen auf eine objektivere Basis zu stellen. Die Messungen umfassen die Längsebenheit, die Querebenheit, die Griffigkeit und Oberflächenschäden. Auf dieser Grundlage wird ein bundesweit einheitliches Management System entwickelt, welches eine Optimierung der Straßenerhaltung durch eine einheitliche, ökonomische Bewertung von Erhaltungsmaßnahmen erreichen soll.

Mit solchen Auswertungen können die Auswirkungen von politischen Entscheidungen jedem Bürger Rodgaus besser transparent gemacht werden.

Die längst überfällige Erstellung eines solchen Katasters würde für Rodgau sehr viele Vorteile bieten. Die Fraktion der „Freien Wähler“ werden dies auf der nächsten Stadtverordnetenversammlung zum Thema machen.